

Anfragen zum Plenum in der 20. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Renate Ackermann
(GRU)

Wie hoch waren pro Monat die Mietkosten und die durchschnittlichen Kosten für Energie der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Baierbrunnerstraße in München in den Jahren 2003 bis 2008?

**Prof. (Univ Lima) Dr.
Peter Bauer** (FW)

Welche Städtebauförderung erhält die Gemeinde Pinzberg (Ofr.) im Jahr 2009 und welche Maßnahmen werden derzeit sowie in den kommenden Jahren gefördert und in welcher Höhe?

Susann Biedefeld
(SPD)

Nachdem es in der Bekanntmachung vom 4. August 2008 (Az.: III.5-5 S 7369.1-4.12 170) „Mittagsbetreuung und verlängerte Mittagsbetreuung an Volks- und Förderschulen“ 4.2 Personal heißt: „Für die Mittagsbetreuung kommen sozialpädagogisches Fachpersonal sowie andere geeignete Personen in Betracht, die über entsprechende pädagogische Qualifikation oder ausreichende Erfahrung in Erziehungs- oder Jugendarbeit verfügen“, frage ich die Staatsregierung, ob ihr bekannt ist, dass derzeit kaum qualifiziertes sozialpädagogisches Fachpersonal zum Einsatz kommt und die Träger auf Ein-Euro- bzw. 1,50-Euro-Jobber zurückgreifen, ist das im Interesse der Staatsregierung und wenn nein, wie will sie im Interesse der Kinder Abhilfe schaffen?

Sepp Daxenberger
(GRU)

Wurden Landwirten für die Verweigerung der Blauzungenimpfung bisher Zwangsgeld nach dem bayerischen Verwaltungs- und Vollstreckungsgesetz angedroht, wenn ja, in welcher Höhe und wie verträgt sich eine Androhung mit der Aussage von Umweltminister Söder, „keinen Druck auf die Landwirte auszuüben“?

Sabine Dittmar
(SPD)

Ist die Hauptschule Fladungen in ihrem Bestand gefährdet, wenn ja, bis wann (Schuljahr) rechnet die Staatsregierung mit einer Schließung und welche Kenntnis hat die Staatsregierung über eine zukünftige neue Schulsprengelbildung in der Oberen Rhön?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem das Innenministerium noch am 29. Januar 2009 erklärt hat, dass Bayern sich nicht am Einsatz zum Aufbau und Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte beteilige, weil Afghanistan nach dem Irak der Staat sei, „bei dem die höchste Gefährdung und

das höchste Anschlagrisiko für alle vor Ort befindlichen westlichen Kräfte, unabhängig von deren Auftrag bzw. von deren staatlichen Anbindung besteht“, und Bayern deshalb lieber „den Einsatz von Polizeibeamten im Rahmen internationaler Polizeimissionen auf den Kosovo“ konzentriere, davon abweichend aber Innenminister Herrmann bereits am 9. Februar nach der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte, „künftig Polizeibeamte zu Ausbildungszwecken in Afghanistan einsetzen“ zu wollen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Polizeibeamte Bayern inzwischen zu Ausbildungszwecken nach Afghanistan entsendet hat, welche Gründe für den Meinungswandel ausschlaggebend waren und von welchen Kriterien die Staatsregierung in Zukunft ihre Entscheidung abhängig machen wird, sich an von der Innenministerkonferenz beschlossenen gemeinsamen Aktionen aller Bundesländer in Krisengebieten zu beteiligen?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob der Landkreis Hof, insbesondere für die Volksschule Frankenwald in Naila, mit einer Gewährung zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen im Rahmen der gleichnamigen Richtlinie über deren Auslaufen am 31.12.2012 hinaus rechnen kann, gegebenenfalls welche Pläne für anderweitige Förderprogramme bestehen und ob im Interesse der Kinder und Jugendlichen beabsichtigt ist, die Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen im Landkreis Hof weiter auszubauen?

Günther Felbinger
(FW)

Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um bei der geplanten Einführung einer jahrgangskombinierten Klasse in Betzenstein-Plech die vorhandenen Vorbehalte der Elternschaft zu entkräften, wurde in diesem Zusammenhang das vorgesehene, zeitnahe Gespräch zwischen Schulleitung, Lehrerkollegium, Elternbeirat und Sachaufwandsträger geführt und über welche Kompetenz bzw. Fortbildung verfügt die vorgesehene Lehrkraft?

Thorsten Glauber
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche öffentliche Förderung Familienzentren in Oberfranken durch den Freistaat Bayern im Zeitraum von 2007 bis 2009 erhalten, in welchem Umfang sonstige Modellprojekte in diesem Bereich in Oberfranken zur Zeit gefördert werden und welche Pläne für die weitere Förderung solcher Familienzentren als Modellprojekte in Oberfranken bestehen?

Ulrike Gote
(GRU)

Bei wie vielen Bewerberinnen und Bewerbern mit Staatsangehörigkeit bestimmter mehrheitlich muslimischer Länder (gemäß Bekanntmachung der Staatsregierung vom 3. Dezember 1991 Nr. B III 3-180-6-403 über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Staatsregierung vom 25.07.2002, Liste der Länder in Abschnitt II, 4.) hat das Landesamt für Verfassungsschutz nach Anfrage einer bayerischen Hochschule im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue Bedenken angemeldet und eine Anstellung z.B. als studentische Hilfskraft oder als wissenschaftlicher Mitarbeiter verhindert, wie viele Personendatensätze von ausländischen Studentinnen bzw. Studenten und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern an bayerischen Hochschulen sind im Rahmen der

Rasterfahndungsmaßnahmen nach dem 11. September 2001 und im Rahmen der von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Sicherheitsbehörden und Hochschulen dem Landesamt für Verfassungsschutz und/oder dem LKA für Ermittlungen genutzt worden und welche konkreten Erfolge (z.B. Enttarnung von potentiellen islamistischen Terroristen) sind dabei erzielt worden?

Eva Gottstein
(FW)

Wie kann es sein, dass in den Wochen vor Ostern, in denen an den bayerischen Schulen die Schulstatistik (u.a. auch Stundenausfall) seitens der Schulen zu erstellen waren, am Jack-Steinberger-Gymnasium Bad Kissingen keine Stunden ausfielen und im Gegensatz zu anderen Wochen alle Stunden vertreten wurden, gab es eine ministerielle Anweisung hierzu und warum werden in allen anderen Wochen die zu vertretenden Stunden nicht vertreten?

Eike Hallitzky
(GRU)

Nachdem die Gemeinde Spiegelau (Landkreis Freyung-Grafenau) noch im Mai über den Neubau der Schwarzachstraße, sog. Gfäll-Strassl, entscheiden will, frage ich die Staatsregierung, weshalb nicht die umweltverträglichere Westvariante bzw. Nord-Westvariante, sondern die Osttrasse favorisiert wird, die ein in sich geschlossenes Waldökosystem (Urwald) durchschneiden und damit dem Nationalpark-Gedanken komplett widersprechen würde, ob der neue Trassenverlauf in Form eines Gutachtens umfassend auf Umweltverträglichkeit geprüft wurde und welche Fördermittel im Zuge eines Neubaus gewährt werden?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Nachdem für die Stadt Freudenberg (Baden-Württemberg) eine Umgehungsstraße, die durch den bayerischen Ort Kirschfurt führt, geplant ist, deren Hauptbestandteil eine sehr große Brücke ist, die in den Ort Kirschfurt hineingeht, und eine Straße, die direkt durch den Ort führt, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe ist der Freistaat Bayern an den Kosten der Planung und der Umsetzung beteiligt, welche Maßnahmen zum Lärmschutz und der Verkehrssicherheit der Kirschfurter Bevölkerung werden ergriffen und welchen Nutzen erhofft sich die Staatsregierung für Bayern aus dem Projekt?

Claudia Jung
(FW)

Wie viel Prozent der Schüler an bayerischen Hauptschulen nehmen derzeit Ganztagsschulangebote wahr (Trennung nach offener und gebundener Form) und wie viel Prozent der Klassen an den Hauptschulen sind Ganztagschulklassen (Aufteilung offene und gebundene Form) und wie viel Anträge für die beiden Ganztagschulformen lagen dem Kultusministerium zum Schuljahresbeginn vor und wurden genehmigt (Absolutzahlen)?

Christine Kamm
(GRU)

Nachdem im Konjunkturprogramm für kommunale, gemeinwirtschaftliche und privatwirtschaftlich betriebene Kliniken und andere medizinische Einrichtungen Zuschüsse für bauliche Maßnahmen gewährt werden, auch beispielsweise für die Rhönklinik, die Gewinne erwirtschaftet und durch den Zukauf neuer Kliniken

expandiert, frage ich die Staatsregierung, welche privatwirtschaftlich organisierten Kliniken erhalten Zuschüsse aus dem Konjunkturprogramm II, wie wird die Zuschussgewährung begründet und wie viele Mittel erhalten diese Kliniken in den Jahren 2000 bis 2010 aus der Krankenhausfinanzierung im FAG.

Peter Meyer
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob beabsichtigt ist, auch nach Auslaufen der Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen am 31. Dezember 2012, die Jugendsozialarbeit an Schulen fortzusetzen, und ob die Notwendigkeit gesehen wird, die Jugendsozialarbeit nicht nur fortzusetzen, sondern auch weiter auszubauen?

Thomas Mütze
(GRU)

Nachdem für die Stadt Freudenberg (Baden-Württemberg) eine Umgehungsstraße, die durch den bayerischen Ort Kirschfurt führt, geplant ist, deren Hauptbestandteil eine sehr große Brücke ist, die in den Ort Kirschfurt hineingeht, und eine Straße, die direkt durch den Ort führt, frage ich die Staatsregierung, wie ist der Stand der Planungen, sind Planungsalternativen im weiteren Umfeld in Erwägung gezogen worden und wie werden die Auswirkungen auf Umwelt und Bevölkerung eingeschätzt?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Inwiefern lässt sich die Tatsache, dass freistaatliche Spielbanken neuerdings Pokerturniere anbieten, um nach Aussage der Verantwortlichen „mehr und neue Gäste für die Spielbank zu gewinnen“, vereinbaren mit den von der Staatsregierung propagierten Zielen „Schutz vor Spielsucht und Begrenzung von Spielleidenschaft“, welche ja auch stets für die Begründung des Anspruchs auf ein staatliches Spielmonopol herhalten müssen?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Wie beurteilt die Staatsregierung die massiven Vorwürfe der Stadt Fürstenfeldbruck gegenüber dem Landratsamt Fürstenfeldbruck, weil dieses gegen die illegale Ablagerung vieler, vieler tausend Kubikmeter Bodenaushub, Bauschutt, aber auch unsortierter Baustellenabfälle im Gebiet der Kreisstadt jetzt schon seit mehreren Jahren nicht hinreichend vorgehe?

Tanja Schweiger
(FW)

Was gedenkt die Staatsregierung über die bisherigen Maßnahmen hinaus in den GA-Fördergebieten, insbesondere Wunsiedel i.F., Hof, Kronach, Tirschenreuth, Cham, Regen, Freyung-Grafenau zu unternehmen, um weitere Arbeitsplatzverluste und damit Abwanderungen zu verhindern und die Entstehung neuer Arbeitsplätze zu begünstigen?

Adi Sprinkart
(GRU)

Werden bei der Vergabe von Funktionsstellen, z.B. Schulräten, die Stimmkreisabgeordneten in irgendeiner Form in die Entscheidung miteinbezogen, wenn ja, in welcher?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ist es richtig, dass entsprechend der Kultusministerkonferenz bei der Lehrerausbildung für die bayerischen Grundschulen die Fächer Sport, Kunst und Musik künftig in einem Fach „Ästhetische Erziehung“ zusammengefasst werden und wenn ja, kann das zuständige Ministerium garantieren, dass der Unterricht und die Förderung der Kinder in diesen drei sehr divergenten Fächern dann nicht zu stark einseitig nach der persönlichen Präferenz des Lehrers bzw. der Lehrerin ausgerichtet ist?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen im gehobenen Dienst der bayerischen Polizei de facto unbesetzt sind, da die Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber infolge von Mutterschutz oder Elternzeit für den Dienst nicht zur Verfügung stehen?